

Wolling, Jens:

**Wunsch versus Wirklichkeit : Normative und realistische
Erwartungen an journalistisches Entscheidungsverhalten**

URN: urn:nbn:de:gbv:ilm1-2015300046

Retrodigitalisierung der gleichnamigen Druckausgabe:

Erschienen in: Markt - Macht - Medien : Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen / Claudia Mast (Hg.). - Konstanz : UVK, 1996, S. 231-247.

(Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ; 23)

ISBN (print): 3-89669-128-7

Digitalisierung durch: Universitätsbibliothek Ilmenau / ilmedia

Digitalisierungsjahr: 2015

Claudia Mast (Hg.)

Markt - Macht - Medien

Publizistik im Spannungsfeld
zwischen gesellschaftlicher Verantwortung
und ökonomischen Zielen



Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) vom 14. bis 16. Juni 1995 in Stuttgart zum Thema „Markt - Macht - Medien: Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen“.

Für die inhaltliche und organisatorische Mitgestaltung der Tagung danke ich dem Vorstand der DGPuK - Walter Hömberg, Barbara Mettler-v. Meibom, Heinz Pürer - sowie den Leiterinnen und Leitern der Unterplena Hans J. Kleinsteuber, Wolfgang R. Langenbucher, Michael Schenk und Ulla Wischermann.

Besonderer Dank gilt Walter J. Schütz, der die Redaktion des Bandes übernommen hat, und meinen Mitarbeiterinnen Julia Klöpfer und Dagmar Mugele, die an der Produktion des Buches mitgewirkt haben. Die Herausgeberin

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Markt - Macht - Medien: Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen / Claudia Mast (Hg.). - Konstanz : UVK Medien, 1996

(Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ; Bd. 23)

ISBN 3-89669-128-7

NE: Mast, Claudia [Hrsg.]; GT

ISBN 3-89669-128-7

(früher: ISBN 3-88295-240-7)

1. Auflage 1996

Herausgeberin: Univ.-Prof. Dr. Claudia Mast

Druck: Legoprint, Trento

© UVK Medien

Verlagsgesellschaft mbH

Tägermoosstr. 1

D-78462 Konstanz

Telefon: (0 75 31) 90 53-0

Telefax: (0 75 31) 90 53-98

Alle Rechte vorbehalten.

Wunsch versus Wirklichkeit

Normative und realistische Erwartungen an journalistisches
Entscheidungsverhalten

Wie sollen sich Journalisten verhalten? Welche Entscheidungen sollen sie in schwierigen Situationen treffen? Und was tun sie wohl tatsächlich? Diese Fragen sollen aus der Perspektive der Rezipienten beantwortet werden. Es geht in diesem Aufsatz also um Ethik im Journalismus aus der Sicht der Rezipienten. Zunächst sollen die theoretischen Rahmenbedingungen dieser Betrachtungsweise geklärt, ihre Relevanz aufgezeigt und anschließend die Ergebnisse einer empirischen Studie vorgestellt werden.

I. Theoretische Grundlagen und Begründung für eine rezipienten-orientierte Ethik des Journalismus

Journalistische Ethik ist für die verschiedenen Medienakteure von unterschiedlicher Relevanz. Haller unterscheidet in diesem Zusammenhang zwei Typen des Journalismus, die er in Anlehnung an die Musik als U-Journalismus und E-Journalismus bezeichnet. Diese beiden Typen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Realitätsbezugs: U-Journalismus definiert Haller als „auf Animation angelegte Kommunikationsarbeit“ und kommt zu dem Schluß, daß sich für diese Form des Journalismus keine Ethik begründen läßt. Die einzige normative Forderung an diese Form des Journalismus ist nach seiner Argumentation die Kennzeichnung des journalistischen Produkts als fiktional. E-Journalismus hingegen macht „realitätsbezogene Aussagen über wahrgenommene Prozesse und Geschehnisse“.¹ Um diesen Typ Journalismus soll es hier gehen, denn nur für diesen Journalismus ist es sinnvoll, normative Aussagen zu formulieren.

Die hier vorgestellten Überlegungen beruhen auf dem Konzept der Individual-ethik. Ethisch handeln können nur Individuen, nicht Institutionen und Organisationen.² Deswegen muß sich eine Ethik des Journalismus auch an Personen wenden, an die Personen, die in den Medien arbeiten, an alle, die an der Beschaffung, Auswahl, Aufbereitung und Präsentation von Aussagen über die Realität beteiligt sind. Damit soll jedoch nicht die Erkenntnis in Frage gestellt

werden, daß sich individuelles Handeln häufig - und so auch im Journalismus - im Rahmen von Organisationen abspielt. Organisationen können dem Einzelnen günstige oder ungünstige Bedingungen für die Verwirklichung ethischen Handelns bieten. Sicherlich sind die individuellen Spielräume für ethisches Handeln häufig eher klein. Sie werden von übergreifenden Zwängen, Abhängigkeiten und Routinen eingeengt.³ Diese richtigen Erkenntnisse ändern jedoch nichts daran, daß die Träger der Ethik nicht Institutionen oder Organisationen sind, sondern Personen in ihrer Funktion als Journalisten.

Die Notwendigkeit, daß sich Journalisten in ihrem Handeln von ethischen Grundsätzen leiten lassen, ergibt sich aus dem Einfluß ihrer Produkte auf Individuen und Gesellschaft. Wenn journalistisches Handeln folgenlos wäre, gäbe es keine Veranlassung, sich mit ethischen Fragen des Journalismus zu beschäftigen. Medienwirkungen sind das eigentliche ethische Grundproblem.⁴ Folgerichtig beschäftigen sich Anhänger von Theorien, die selbstbewußtes Rezipienten-Handeln postulieren und Medieninhalte als Angebote verstehen, die die Rezipienten aktiv und selbstbestimmt nutzen, kaum mit ethischen Fragen bzw. weisen ihnen nur nachrangige Bedeutung zu.⁵ Wenn aber die negativen und positiven Wirkungen von Medieninhalten die Begründung für die Beschäftigung mit ethischen Fragen des Journalismus sind, dann muß sich unsere Aufmerksamkeit auf die Auswahl und Präsentation dieser Medieninhalte richten. Die Frage, welche Ereignisse selektiert, welche Aspekte der ausgewählten Realität hervorgehoben und wie diese dargestellt werden, ist demzufolge der eigentliche Gegenstand einer Ethik des Journalismus. Die Formulierung von normativen Aussagen hierzu ist die zentrale Aufgabe einer journalistischen Berufsethik.⁶

Für die Formulierung solcher Aussagen ist es wenig hilfreich, daß journalistische Ethik vor allem im Zusammenhang mit spektakulären Fällen journalistischen Fehlverhaltens diskutiert wird.⁷ Kennzeichnend für die öffentliche Diskussion nach solchen Ereignissen ist es, daß die Auseinandersetzung über Normen und Verhaltensregeln häufig zum Anlaß genommen wird, strengere Reglementierung und weiterreichende rechtliche Bestimmungen zu fordern. Durch Verrechtlichung und Reglementierung wird aber ethische Selbststeuerung - zumindest partiell - durch Fremdsteuerung ersetzt. Politik und Justiz übernehmen die Funktion der Ethik. Dies ist vor allem deswegen problematisch, weil mit zunehmender Verrechtlichung eine Einschränkung des im Grundgesetz formulierten und garantierten Freiheitsrechts verbunden ist. Die Vorgabe von verbindlichen rechtlichen Bestimmungen steht im Widerspruch zur Forderung nach ethischem Handeln, denn nur freiwilliges Handeln kann ethisches Handeln sein.

Ethik im Journalismus bezieht sich gerade auf solche Fragen, die nicht durch Gesetze geregelt sind und auch nicht durch Gesetze geregelt werden sollen.

Trotz - oder möglicherweise gerade wegen - der Versuche, die Regulierung des Journalismus durch Fremdsteuerung zu sichern, hat der Journalismus selbst Prinzipien der Selbststeuerung formuliert und Formen der Selbstkontrolle institutionalisiert. Gemeint sind der Pressekodex als selbstgesetzter, normativer Bezugspunkt und der Presserat als die dazugehörige Überwachungsinstanz der freiwilligen Selbstkontrolle. Das Grundprinzip aller Kodizes, die versuchen, die Berufsethik von Kommunikatoren zu formulieren, ist die Festschreibung einer bereits existenten und „bewährten“ Praxis.⁸ Die Funktion der publizistischen Grundsätze ist demzufolge in erster Linie die Legitimierung des eigenen journalistischen Handelns.⁹ Sie sind ein Instrument des Systems Journalismus, um die eigene Autonomie zu sichern. Saxer vertritt sogar die Ansicht, daß die Medienschaffenden eine „verbindliche ethische Selbstverpflichtung“ gar nicht wünschen.¹⁰ Auf der anderen Seite ist aber eine prinzipiell funktionierende Ethik durchaus auch für den Journalismus von Interesse. Ethische Strukturen entlasten journalistische Entscheidungen und liefern Rechtfertigung für begründungsbedürftiges Handeln.¹¹ Eine funktionierende Ethik schützt den Journalismus vor Eingriffen in seine Autonomie und verschafft ihm gesellschaftliche Akzeptanz. Gerade um der Pressefreiheit willen dürfte der Journalismus Interesse daran haben, selbst Qualitätssicherung zu betreiben.¹²

Unabhängig davon, wie man die Funktion und praktische Relevanz dieser Kodizes einschätzt, können sie dazu dienen, den Journalismus an seinen eigenen Maßstäben zu messen und bieten somit einen normativen Bezugspunkt für empirische Untersuchungen.¹³ Für die wissenschaftliche Begründung einer Ethik des Journalismus bieten sie jedoch kein Fundament. Eine weitergehende Analyse muß gerade diesen Bezugspunkt selbst in Frage stellen, denn die Beurteilung journalistischen Verhaltens steht und fällt mit der Akzeptanz der ethischen Normen, die als Maßstab gewählt werden. Ich bin der Auffassung, daß die Prinzipien der demokratischen Verfassungsordnung als Ausgangspunkt für die Formulierung solcher Grundsätze zu wählen sind und will dieses im folgenden begründen:

Die wertgebundene Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates ist das Fundament journalistischer Freiheit. Aus diesem Grund ist ein freiheitlicher Journalismus der pluralistischen Demokratie verpflichtet, welche die Voraussetzung für seine Existenz bildet.¹⁴ Der Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland u.a. Meinungs- und Pressefreiheit.

Der Journalismus nimmt diese Rechte, die der ganzen Bevölkerung zustehen, stellvertretend wahr. Von daher sind Versuche, die Freiheit des Journalismus einzuschränken, immer auch Angriffe gegen die Grundrechte der Bevölkerung, gegen die Demokratie. Wenn aber die Rechte der Bevölkerung die Quelle journalistischer Freiheit sind, dann ist der Journalismus dieser Quelle seiner Freiheit verpflichtet. Journalistische Ethik ist das Resultat dieser Verpflichtung, sie ist ein Versuch, das Verhältnis von Journalismus und Bevölkerung zu regeln. Der Mechanismus dieser Regelung und Steuerung ist die ethische Selbstverpflichtung des Journalismus.

Diese Begründung und Funktionszuweisung von Ethik verdeutlicht aber auch, daß eine Journalismus-Ethik sich nur durch den gesellschaftlichen Bedarf an einer solchen Ethik begründen läßt. Wenn die Gesellschaft keine Ethik verlangt, ist sie durch nichts zu begründen. Ethik ist ein gesellschaftliches Phänomen, ethische Regeln werden sozial konstruiert, sie sind ein Produkt menschlichen Handelns und Wollens. Deshalb sind sowohl ethisches Sollen als auch ethisches Sein ein Ergebnis gesellschaftlicher Realität. Und so wie sich kontinuierlich gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftliche Differenzierungen vollziehen, so verändert und differenziert sich auch die Ethik. Diese Wandelbarkeit und Ausdifferenzierung von Ethik macht klar, daß es die eine, einheitliche Ethik als fundamentalen, unveränderlichen Bezugspunkt nicht geben kann.¹⁵ Diese Wandelbarkeit von Ethik verweist aber auch auf die Notwendigkeit, sich kontinuierlich mit ihr zu beschäftigen und ihre Entwicklung zu erforschen. Sowohl das ethische Sollen als auch das ethische Sein sind demnach Untersuchungsgegenstände, die empirischer Analyse bedürfen.

Es ist argumentiert worden, daß (1) die Freiheit des Journalismus sich nur aus den Grundprinzipien der pluralistischen Gesellschaftsordnung herleiten läßt, daß (2) von daher eine Verpflichtung des Journalismus gegenüber dem Bürger und Rezipienten besteht, und daß (3) eben diese Verpflichtung die Basis für eine Ethik des Journalismus darstellt. Ethisches Handeln im Journalismus heißt, den Auftrag, den der Journalismus von der Öffentlichkeit hat, zu erfüllen. Wenn wir aber wissen wollen, wie der Auftrag lautet, dann müssen wir diejenigen fragen, in deren Auftrag der Journalismus handelt, die Bevölkerung. Journalismus ist eine Dienstleistung für sie, also sollten sie darüber entscheiden, welche Informationen gewünscht werden, wie sie präsentiert werden sollen und welche journalistischen Mittel und Methoden ihnen akzeptabel erscheinen.

Einer kollektiven Verantwortung des Publikums, verstanden als „eine umfassende moralische Pflicht der Öffentlichkeit, soziale Prozesse wie die

gesellschaftliche Kommunikation zu überwachen“, soll damit aber nicht das Wort geredet werden,¹⁶ Nicht nur, daß solche Ansprüche das Publikum überfordern, diese Konzeption würde auch die tatsächlichen Verantwortlichkeiten in ihr Gegenteil verkehren. Wenn den Rezipienten die Aufgabe übertragen wird, Medieninhalte ständig kritisch zu hinterfragen, sich möglichen Medienwirkungen bewußt zu werden und sich bei Bedarf selbst davor zu schützen, dann wird der Journalismus aus seiner Verantwortung gegenüber dem Publikum entlassen, die aber gerade Voraussetzung für seine Freiheit ist.

Die Rezipienten als Bezugspunkt zu wählen bedeutet auch nicht, das durch Reichweiten und Einschaltquoten gemessene Publikumsverhalten zum Maßstab für journalistische Qualität und Ethik zu machen. Eine solche Betrachtungsweise, die ja impliziert, daß man vom Publikum erwartet, daß es durch sein Kauf- und Nutzungsverhalten normgerechtes journalistisches Verhalten erzwingt, ignoriert, daß bei den alltäglichen Rezeptionsentscheidungen Überlegungen, die die ethische Integrität journalistischen Handelns berücksichtigen, vermutlich eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß eine empirische Analyse, die einen Beitrag zur Fundierung einer Ethik des Journalismus liefern möchte, sich den Normen der Rezipienten zuwenden muß. Rühl und Saxer haben darauf hingewiesen - und dies wohl als Kritik gemeint -, daß journalistische Ethik und Medienethik auch in Demokratien unter sehr geringer Teilhabe des Publikums von den Medien-Insidern unter Berufung auf eine meist nur vage konturierte Öffentlichkeit konzipiert wird.¹⁷ Daher wird es in der nachfolgenden empirischen Untersuchung darum gehen, zu untersuchen, wie eine Ethik des Journalismus aus der Sicht des Publikums aussehen sollte. Des weiteren soll herausgefunden werden, wie das Publikum die Realität einschätzt, denn der Graben zwischen den Ansprüchen an die Berichterstattung und dem Verhalten der Berichterstatter darf nicht zu tief werden, nicht zuletzt auch im Interesse der journalistischen Glaubwürdigkeit.¹⁸

II. Methode und Variablen der Analyse

Die Datengrundlage für die nachfolgende Untersuchung bildet eine mündliche Befragung von insgesamt 191 Dresdner Bürgern über 18 Jahren, die im vierten Quartal 1994 und im ersten Quartal 1995 unter Leitung des Autors durchgeführt wurde. Die Stichprobenbildung erfolgte durch ein Quoten-Auswahlverfahren. Als Quotierungsmerkmale wurden Alter, Geschlecht, Bildung und Familienstand

Situationsbeschreibungen

Tabelle 1

Fragebogenversion A	Fragebogenversion B
Eine Journalistin hat einen anonymen Brief mit der Fotokopie eines Geheimdokuments des Verfassungsschutzes erhalten. In dem Geheimdokument wird über die illegale Überwachung einer Reihe von führenden Politikern der PDS berichtet.	Eine Journalistin hat einen anonymen Brief mit der Fotokopie eines Geheimdokuments des Verfassungsschutzes erhalten. In dem Geheimdokument wird über die illegale Überwachung einer Reihe von führenden Politikern der Republikaner berichtet.
Sollte die Journalistin diese Informationen veröffentlichen? Ja, veröffentlichen () Nein, nicht veröffentlichen ()	
Ein Fernsehreporter soll für die Abendnachrichten einen Beitrag über <u>die Schaffung von 2000 neuen Arbeitsplätzen</u> in einer großen Fabrik liefern. Er hat nur ein Kamerateam zur Verfügung und muß sich deshalb zwischen zwei möglichen Drehterminen entscheiden. Termin A: Gespräch mit einem Manager der Fabrik. Termin B: Interview mit <u>neu eingestellten</u> Arbeitnehmern.	Ein Fernsehreporter soll für die Abendnachrichten einen Beitrag über <u>den Abbau von 2000 Arbeitsplätzen</u> in einer großen Fabrik liefern. Er hat nur ein Kamerateam zur Verfügung und muß sich deshalb zwischen zwei möglichen Drehterminen entscheiden. Termin A: Gespräch mit einem Manager der Fabrik. Termin B: Interview mit <u>gerade entlassenen</u> Arbeitnehmern.
Welchen Termin sollte der Journalist Ihrer Meinung nach wahrnehmen? Termin A: Manager () Termin B: Arbeitnehmer ()	
Kurz vor Redaktionsschluß meldet eine Nachrichtenagentur <u>einen schweren Störfall in einem Chemiewerk</u> . Kurz darauf verbreitet auch eine andere Nachrichtenagentur <u>Informationen über diesen Vorfall, spricht aber von einem unbedeutenden Zwischenfall</u> .	Kurz vor Redaktionsschluß meldet eine Nachrichtenagentur, <u>daß ein großes Chemiewerk beschlossen hat, mehrere Milliarden DM in den Umweltschutz zu investieren</u> . Kurz darauf verbreitet auch eine andere Nachrichtenagentur <u>Informationen über dieses Umweltprogramm, spricht aber davon, daß keine Investitionsbeschlüsse gefaßt worden sind</u> .
Wie soll die Journalistin, die diese widersprüchlichen Informationen erhält, sich Ihrer Meinung nach verhalten? Nicht berichten und warten, bis am nächsten Tag verlässliche Informationen vorliegen. () Berichten und deutlich machen, daß widersprüchliche Informationen vorliegen. () Die glaubwürdigeren Informationen weitergeben. () Vorsichtshalber die Meldung über Unfall (fehlenden Investitionsbeschluß) abdrucken. ()	
Auf einer Pressekonferenz der Polizei erfährt ein Fernsehjournalist, daß bei einer gewalttätigen <u>Demonstration drei Polizisten schwer verletzt worden sind</u> . Er will darüber einen Beitrag für das Nachrichtenjournal seines Senders anfertigen. Er hat jedoch kein Filmmaterial über diese Demonstration zur Verfügung. Es besteht aber die Möglichkeit, auf Archivmaterial über frühere Demonstrationen mit dem gleichen Anlaß zurückzugreifen.	Durch den Telefonanruf eines Kollegen erfährt ein Fernsehjournalist, daß bei einer <u>Demonstration drei Demonstranten schwer verletzt worden sind</u> . Er will darüber einen Beitrag für das Nachrichtenjournal seines Senders anfertigen. Er hat jedoch kein Filmmaterial über diese Demonstration zur Verfügung. Es besteht aber die Möglichkeit, auf Archivmaterial über frühere Demonstrationen mit dem gleichen Anlaß zurückzugreifen.
Soll der Journalist Ihrer Meinung nach diese Archivfilme benutzen, um einen anschaulichen Beitrag liefern zu können, oder sollte er dies nicht tun? Sollte das Archivmaterial nicht verwenden () Sollte das Archivmaterial verwenden ()	

gewählt, wobei die zugrunde gelegten Quoten auf Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen (Mikrozensus 1992/93) beruhen. Die Stichprobe ist im Hinblick auf diese Merkmale als repräsentativ für die Dresdner Bevölkerung zu bezeichnen.

Der verwendete standardisierte Fragebogen umfaßt etwa 40 Fragen, für deren Beantwortung im Durchschnitt 15 Minuten benötigt wurden. Das Kernstück des Fragebogens bilden vier Situationsbeschreibungen, in denen Journalisten vor schwierigen publizistischen Entscheidungen stehen. Den Befragten wurden im Anschluß an diese Situationsbeschreibungen verschiedene Verhaltensalternativen genannt, unter denen sie die nach ihrer Ansicht normativ richtige auswählen sollten. Zusätzlich wurde gefragt, was sie erwarten, wie sich die meisten Journalisten denn wohl tatsächlich in den beschriebenen Situationen verhalten. Durch kleine Abänderungen der oben genannten Situationsbeschreibungen wurde eine zweite Version des Fragebogens erstellt (siehe Tabelle 1). Die Hälfte der Befragten wurde mit der ersten Fragebogenversion konfrontiert, die andere Hälfte bekam die abgeänderte Version vorgelegt. Durch diese Vorgehensweise (gegabelte Befragung) entsteht eine experimentelle Anordnung mit zwei Untersuchungsgruppen. Das oben beschriebene Quoten-Auswahlverfahren wurde für beide Teilstichproben in gleicher Weise angewendet. Die übrigen Fragen waren in beiden Fragebogenversionen identisch.

III. Analysen und Ergebnisse

Normative Erwartungen

Haben die Rezipienten einheitliche normative Vorstellungen, oder findet sich eher eine Vielfalt der Normen? Ist das gewünschte journalistische Entscheidungsverhalten abhängig von den Variationen der Situationsbeschreibungen? Wenn sich Unterschiede im Antwortverhalten innerhalb und zwischen den Experimentalgruppen nachweisen lassen, dann deutet dies darauf hin, daß es aus der Sicht des Publikums ein grundsätzlich richtiges Verhalten, wie es gesinnungsethische Konzeptionen postulieren, nicht gibt. Unterschiede zwischen den Untersuchungsgruppen sind ein Hinweis darauf, daß die Rezipienten die möglichen Konsequenzen der jeweiligen Handlungsweisen berücksichtigen und wünschen, daß die Journalisten ihr Entscheidungsverhalten den situativen Besonderheiten anpassen.¹⁹

Bei der ersten Situationsbeschreibung, bei der es um die Veröffentlichungen von Geheimdokumenten geht, lassen sich keine Unterschiede zwischen den beiden Experimentalgruppen ermitteln. Unabhängig davon, ob es sich um eine

Observierung der PDS oder der „Republikaner“ handelt, wünschen knapp die Hälfte (46%,40%) der Befragten die Veröffentlichung, die andere Hälfte der Befragten will, daß die Verfassungsschutzaktivitäten geheim bleiben. Das normativ richtige Verhalten ist hier also höchst umstritten, und zwar unabhängig von den vorgegebenen Situationen (siehe Tabelle 2).

Auch bei der zweiten Situationsbeschreibung lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Reaktionen auf die beiden Situationsvarianten feststellen. Die Befragten haben eine recht eindeutige Meinung dazu, wie sich Journalisten verhalten sollten, wenn widersprüchliche Informationen vorliegen, und diese Meinung ist unabhängig davon, ob es sich um widersprüchliche Informationen über einen Störfall in einer Chemiefabrik oder über ein Umweltprogramm handelt. In beiden Fällen sind rund 70% der Befragten der Meinung, daß die Journalisten berichten sollten, dabei aber verdeutlichen müßten, daß widersprüchliche Informationen vorliegen. Jeweils ca. 20% der Befragten sind der Auffassung, es solle zunächst nicht berichtet werden sondern erst später, wenn verlässliche Informationen vorliegen. Die Optionen „glaubwürdigere Informationen weitergeben“ und „vorsichtshalber negative Informationen weitergeben“ werden zusammen von weniger als 10% der befragten Bürger gewünscht (siehe Tabelle 3).

Bei den anderen beiden Situationsbeschreibungen zeigen sich hingegen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen: Während nahezu die Hälfte der Befragten (46%), die mit der Situationsbeschreibung „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ konfrontiert worden war, ein Interview mit dem Management wünschte, waren dies bei der Situation „Abbau von Arbeitsplätzen“ nur rund ein

*Situationsbeschreibung 1:
Veröffentlichung von Geheimdokumenten*

Tabelle 2

Tabelle 2	Norm (Angaben in Prozent)		Realistische Erwartung (Angaben in Prozent)	
	PDS	Republikaner	PDS	Republikaner
Informationen veröffentlichen	46	40	75	72
Informationen nicht veröffentlichen	54	60	25	28
(n= 191) χ^2 / p	n.s.		n.s.	

Viertel (26%). Anscheinend halten es die Bürger im Falle negativer Ereignisse für wichtiger, die unmittelbar Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, bei positiven Ereignissen hingegen sind offensichtlich mehr Bürger der Meinung, daß die „Väter des Erfolgs“ interviewt werden sollten (siehe Tabelle 4).

Ebenfalls signifikant, wenn auch nicht so ausgeprägt, ist der Unterschied zwischen den beiden Teilgruppen bei der Frage nach der Verwendung von Film-Archivmaterial über zurückliegende Demonstrationen. Wenn in der Situationsbeschreibung von verletzten Polizisten gesprochen wurde, dann wollten nur 13% der Befragten, daß Archivmaterial vom Journalisten eingesetzt wird, wenn hingegen die Rede von verletzten Demonstranten war, dann waren es immerhin 28%, die die Verwendung des alten Filmmaterials befürworteten (siehe Tabelle 5). Während hier in beiden Fällen die große Mehrheit der Befragten die Manipulation ablehnt, hat eine Untersuchung von Schriefers gezeigt, daß es durchaus Situationen gibt, in denen Bildmanipulationen bei den Bürgern eine größere Zustimmung finden können. Die vermuteten Intentionen der Journalisten spielen hier eine bedeutsame Rolle. Bildmanipulationen, bei denen eine positive Absicht des Journalisten zu vermuten ist, werden vom Publikum weitaus häufiger für vertretbar gehalten als Eingriffe, bei denen eine negative Absicht erkennbar ist.²⁰

Situationsbeschreibung 2:

Tabelle 3

Informationen über Chemiestörfälle und Umweltprogramme

Tabelle 3	Norm (Angaben in Prozent)		Realistische Erwartung (Angaben in Prozent)	
	Störfall	Umweltschutz	Störfall	Umweltschutz
Nicht berichten und verlässliche Info abwarten	17	22	4	9
Berichten und Widersprüche verdeutlichen	74	70	35	46
Glaubwürdigere Informationen weitergeben	8	5	21	33
Vorsichtshalber negative Meldung veröffentlichen	1	3	39	12
(n=191) χ^2 / p	n.s.		$\chi^2=18,68 / p < 0.001$	

Realistische Erwartungen

Sind sich die Bürger in ihren Erwartungen bezüglich des tatsächlichen journalistischen Entscheidungsverhaltens einig? Haben die befragten Bürger den Eindruck, daß es journalistische Entscheidungsprogramme gibt, die situationsunabhängig funktionieren, oder haben sie die Erwartung, daß situationsspezifische Entscheidungen getroffen werden?

Wie schon bei den Normen so zeigen sich auch hinsichtlich der realistischen Erwartungen keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen des ersten Fallbeispiels. Rund 3/4 der Bürger erwarten, daß die Informationen von den Journalisten veröffentlicht werden, unabhängig davon ob es sich dabei um Geheimdokumente über die „Republikaner“ oder über die PDS handelt (siehe Tabelle 2). Auch beim vierten Beispiel haben die Befragten beider Gruppen ähnliche Erwartungen. Jeweils über 80% rechnen damit, daß die Journalisten das Archivmaterial verwenden, ganz gleich ob verletzte Polizisten oder verletzte Demonstranten in der Situationsbeschreibung erwähnt worden sind. Die auf der normativen Ebene festgestellten Unterschiede zwischen den beiden Gruppen lassen sich auf der Ebene realistischer Erwartungen nicht nachweisen (siehe Tabelle 5). Ein genau entgegengesetztes Bild zeigt sich beim dritten Beispiel: Während die normativen Ansprüche an journalistisches Entscheidungsverhalten sich nicht unterscheiden, zeigen sich bei den realistischen Erwartungen signifikante Unterschiede. Am deutlichsten sieht man dies bei der letzten Antwortvorgabe: Während im Fall von widersprüchlichen Informationen über Umweltschutzinvestitionen nur 12% der Befragten erwarten, daß vorsichtshalber die negativen Informationen abgedruckt werden, sind dies im Falle des Störfalls

Situationsbeschreibung 3:
Schaffung und Abbau von Arbeitsplätzen

Tabelle 4

Tabelle 4	Norm (Angaben in Prozent)		Realistische Erwartung (Angaben in Prozent)	
	Neue Arbeitsplätze	Entlassungen	Neue Arbeitsplätze	Entlassungen
Interview mit Manager	46	26	79	47
Interview mit Arbeitnehmern	54	74	21	53
(n=191) χ^2 / p	$\chi^2 = 7,75 / p < 0.01$		$\chi^2 = 20,38 / p < 0.001$	

nahezu 40%. Bei einem potentiellen Schaden rechnet ein weitaus größerer Teil der Bevölkerung damit, daß einseitig negativ berichtet wird als bei einem möglicherweise ausbleibendem Nutzen. Bei beiden Vorgaben zeigt sich aber wiederum, daß die große Mehrheit erwartet, daß auf jeden Fall veröffentlicht wird (siehe Tabelle 3).

Betrachtet man die Befunde im Zusammenhang so ist festzustellen, daß die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt ist, daß Journalisten Informationen auch dann veröffentlichen, wenn die Quelle fragwürdig ist (anonyme Briefe), kein authentisches Material vorliegt (nur Archivmaterial) oder - wie im letzten Fall - der Sachverhalt selbst noch unklar ist (widersprüchliche Informationen). Beim zweiten Fallbeispiel zeigen sich - genau wie bei den Normen - auch hinsichtlich der realistischen Einschätzungen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Befragtengruppen. Im Falle von Neueinstellungen rechnen die Befragten deutlich häufiger damit (79%), daß die Journalisten Interviews mit dem Manager des Unternehmens führen als bei Entlassungen (47%) (siehe Tabelle 4).

Normative und realistische Erwartungen im Vergleich

Wie stellt sich aus der Sicht der Bürger das Verhältnis von Norm und perzipiertem journalistischem Verhalten dar? Entspricht das den Journalisten zugeschriebene Entscheidungsverhalten den Wünschen des Publikums oder bestehen Differenzen?

Bei sämtlichen Situationsbeschreibungen zeigen sich ausgeprägte Unterschiede zwischen den Normen und den realistischen Erwartungen der Bevölkerung. Am deutlichsten sind die Unterschiede hinsichtlich der Verwendung des Archivmaterials. Nur 13% bzw. 28% wünschen die Verwendung der

*Situationsbeschreibung 4:
Filmmaterial über Demonstrationen*

Tabelle 5

Tabelle 5	Norm (Angaben in Prozent)		Realistische Erwartung (Angaben in Prozent)	
	Polizisten	Demonstranten	Polizisten	Demonstranten
Archivmaterial nicht verwenden	87	72	17	14
Archivmaterial verwenden	13	28	83	86
(n= 191) χ^2 / p	$\chi^2=6,71 / p < 0.01$			n.s.

Archivfilme aber 83% bzw. 86% vermuten, daß die Journalisten das Material verwenden würden (siehe Tabelle 5). Auch bei der ersten Situationsbeschreibung zeigen sich deutliche Diskrepanzen. Jeweils rund 30 Prozentpunkte differieren Norm und realistische Erwartung. Während in beiden Gruppen weniger als die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht ist, man solle die Geheimdokumente veröffentlichen (46%, 40%), sind jeweils über 70% der Überzeugung, daß die meisten Journalisten eben dies tun (siehe Tabelle 2). Im Zusammenhang mit der zweiten Situationsbeschreibung wird das Interview mit den Managern häufiger erwartet als gewünscht, und dies sowohl im Fall der Entlassungen von Arbeitnehmern (21 Prozentpunkte Unterschied) als auch im Fall der Schaffung neuer Arbeitsplätze (33 Prozentpunkte Unterschied). Die Berücksichtigung des Establishments wird von den Bürgern eindeutig seltener gewünscht als erwartet (siehe Tabelle 4).

Auch beim dritten Fallbeispiel differieren Norm und realistische Erwartung deutlich. Allerdings gibt es hier Unterschiede zwischen den beiden Situationen. Die Diskrepanzen zwischen Norm und Erwartung sind beim Störfall-Beispiel ausgeprägter als beim Umweltschutz-Beispiel und zeigen sich bei unterschiedlichen Antwortvorgaben. Häufiger gewünscht als erwartet wird eine Berichterstattung, die die widersprüchliche Nachrichtenlage deutlich macht. Vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem Störfall in der Chemiefabrik zeigen sich hier große Unterschiede (39 Prozentpunkte). Auch die Option „zunächst abwarten und nicht berichten“ findet häufiger normative Zustimmung (17%, 22%), aber nur wenige glauben daran, daß Journalisten sich tatsächlich auch so verhalten (4%, 9%).

Häufiger erwartet als für wünschenswert gehalten werden die beiden anderen Verhaltensalternativen. Besonders bei der letzten Option (vorsichtshalber negativ berichten) sind deutliche Unterschiede zwischen den beiden Situationsvarianten festzustellen: Während die Diskrepanz zwischen Norm und Erwartung in der Situation mit dem Umweltschutzprogramm eher gering ist (9 Prozentpunkte), ist die Differenz im Störfall-Beispiel mit 38 Prozentpunkten wesentlich ausgeprägter (siehe Tabelle 3).

Versucht man, die Ergebnisse zusammenfassend zu bewerten, dann kann man das Ausmaß der festgestellten Diskrepanzen nur als beunruhigend bezeichnen. Zumindest in der Wahrnehmung der befragten Bürger entsprechen die Handlungsweisen der Journalisten nicht den an sie gestellten normativen Erwartungen. Wenn aber eben diese normativen Vorstellungen der Bürger der eigentliche Bezugspunkt für ethisches journalistisches Handeln sind, dann erscheint die

Legitimität journalistischen Handelns vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ernsthaft gefährdet.

Die Abhängigkeit normativer Vorstellungen von politischen Einstellungen

Die Analysen der normativen Vorstellungen der Bevölkerung haben gezeigt, daß sich einerseits situative Einflüsse auf die gewünschten Verhaltensweisen nachweisen lassen, daß aber andererseits bei einigen Beispielen auch unabhängig von den situativen Variationen Uneinigkeit unter den Rezipienten hinsichtlich der normativ richtigen Verhaltensweisen besteht. Von diesen Befunden ausgehend stellt sich die Frage, ob und wie sich die Unterschiede in den normativen Präferenzen erklären lassen. So erscheint es z.B. denkbar, daß sich die Bürger in ihren normativen Ansprüchen an den Journalismus von ihren eigenen politischen Einstellungen leiten lassen. Sie bewerten solche Realitätsdarstellungen als normativ richtig, die ihren eigenen politischen Vorstellungen entsprechen. Dieser These soll exemplarisch anhand des zweiten Fallbeispiels (Entlassungen / neue Arbeitsplätze) nachgegangen werden.

Als Indikatoren für die politische Einstellung der Befragten werden folgende drei Items verwendet, die im Zusammenhang mit einer ganzen Batterie von politischen Aussagen an einer anderen Stelle des Interviews vorgelegt worden waren:

- Den Anstrengungen und Leistungen mutiger Unternehmer ist es zu verdanken, daß es mit der deutschen Wirtschaft wieder bergauf geht.
- Was die kleinen Leute wirklich denken, dafür interessiert sich eigentlich niemand.
- Wer das soziale Sicherungssystem unseres Staates einschränken will, gefährdet die Stabilität unserer Gesellschaft.

Im Anschluß an jede Aussage wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie der entsprechenden Aussage „voll und ganz zustimmen“, „überwiegend zustimmen“, „eher nicht zustimmen“ oder „überhaupt nicht zustimmen“. Für die nachfolgenden Auswertungen wurden die ersten beiden und die letzten beiden Antwortausprägungen des ersten Items zusammengefaßt, beim zweiten und dritten Item wurden hingegen jeweils die letzten drei Antwortvorgaben zusammengefaßt. Auf diese Weise wurden jeweils zwei Gruppen mit annähernd gleichgroßen Fallzahlen gebildet.

Wenn politische Einstellungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, dann ist bei denjenigen Personen, die (1) eine positive Einstellung zur Leistung der Unternehmer haben, und bei den Befragten, die (2) der Ansicht sind, daß die Meinung der kleinen Leute durchaus genügend berücksichtigt werden, sowie bei

denjenigen, die (3) keine negativen Auswirkungen von sozialen Kürzungen auf die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung befürchten, damit zu rechnen, daß sie ein Interview mit den Managern vorziehen. Die prognostizierten Zusammenhänge lassen sich sowohl für die Situation der Entlassungen als auch für die der Neueinstellungen theoretisch begründen. Die Analysen werden aber für die beiden Experimentalgruppen separat durchgeführt, um zu klären, ob die empirische Gültigkeit auch tatsächlich unter beiden Bedingungen gegeben ist.

So zeigt sich denn auch, daß die politischen Voreinstellungen nicht in beiden Situationsvarianten im gleichen Maße relevant sind: Beim ersten Einstellungs-Item (Unternehmerleistung) zeigen sich nur dann Unterschiede, wenn es um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht ($\chi^2=2.26$ / $p=.13$).²¹ Bei den Bürgern, die der Auffassung sind, daß das wirtschaftliche Wohlergehen auf die Leistungen der Unternehmer zurückzuführen ist, ist der Anteil derjenigen, die das Interview mit den Managern wünschen etwas größer (53%) als bei denjenigen Befragten, die daran zweifeln, daß der Aufschwung auf die Unternehmerleistungen zurückzuführen ist (38%). Wenn es aber darum geht, ein Interview zum Abbau von Arbeitsplätzen zu geben, dann lassen sich keine Einstellungseffekte nachweisen (siehe Schaubild 1).

Ähnlich verhält es sich auch beim zweiten Item (kleine Leute). Nur wenn in der Situationsbeschreibung von der Schaffung neuer Arbeitsplätze gesprochen wird, lassen sich Auswirkungen der politischen Einstellungen auf die normativen Präferenzen aufzeigen. In diesem Fall sind von denjenigen, die meinen, daß die Ansichten der kleinen Leute nicht ausreichend berücksichtigt werden, signifikant weniger für das Interview mit den Managern als von den Bürgern, die der Meinung sind, die kleinen Leute kämen ausreichend zu Wort (37 Prozentpunkte Unterschied; $\chi^2=10.85$ / $p < .001$). Im Fallbeispiel mit den Entlassungen sind die Unterschiede hingegen nur geringfügig und statistisch nicht signifikant (siehe Schaubild 1). Zusammenfassend ist hier festzustellen, daß die positive Einstellung gegenüber den Leistungen der Unternehmer sowie die Auffassung, daß die Meinung der „kleinen Leute“ nicht unterrepräsentiert ist, nur dann den verstärkten Wunsch nach Interviews mit der Arbeitgeberseite (Manager) zur Folge hat, wenn der Anlaß des Interviews ein positives Ereignis ist (Schaffung neuer Arbeitsplätze), bei dem die Unternehmensleitung die Gelegenheit hätte, die eigene Leistung herauszustellen.

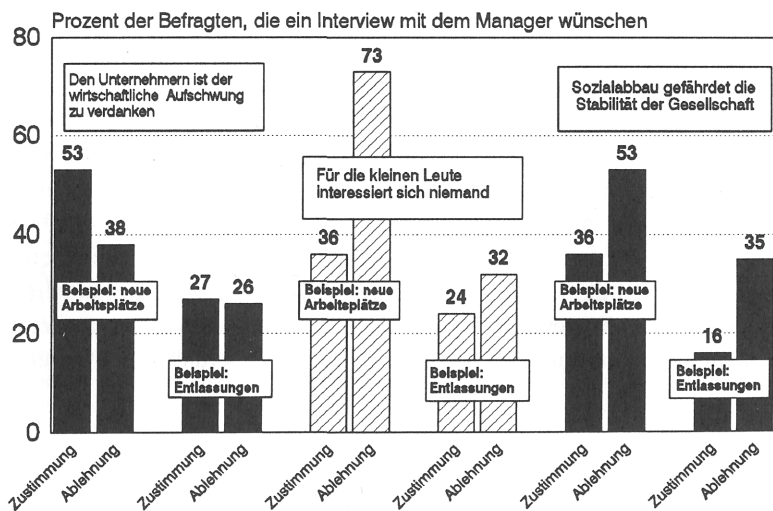
Etwas anders verhält es sich beim dritten Einstellungs-Item. Hier finden sich in beiden Situationen Unterschiede, die jedoch bei der Gruppe mit dem Entlassungs-Beispiel deutlicher ausgeprägt sind. Hier ist der Anteil der Befragten, die

ein Interview mit den Managern vorziehen bei denjenigen Bürgern, die eine Gefährdung der gesellschaftlichen Stabilität durch Einschnitte in das soziale Sicherungssystem befürchten, signifikant kleiner, als bei den Bürgern, die eine Gefährdung für unwahrscheinlich halten (19 Prozentpunkte Unterschied; $\chi^2=4.20 / p<.05$). Wenn es darum geht, die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Interview zu kommentieren, gehen die Unterschiede in die gleiche Richtung, allerdings ist der Einfluß dieser politischen Einstellung hier weniger ausgeprägt (17 Prozentpunkte Unterschied; $\chi^2=2.78 / p=.09$) (siehe Schaubild 1).

Die Analysen haben gezeigt, daß die politischen Einstellungen der Rezipienten durchaus die normativen Vorstellungen, wie sich Journalisten richtig verhalten sollten, beeinflussen können. Bei den hier nicht vorgestellten Auswertungen zu den anderen drei Situationen und ihren Variationen ließen sich jedoch nicht immer solche Einstellungseffekte nachweisen, häufig waren die Unterschiede nicht so ausgeprägt, daß sie statistische Signifikanz erreichen. Beim hier

Abhängigkeit normativer Vorstellungen
von politischen Einstellungen

Schaubild 1



vorgestellten Beispiel (Entlassungen / neue Arbeitsplätze), bei dem der Journalist eine mit konventionellen Normen kaum begründbare Selektionsentscheidung zu treffen hat, zeigt sich aber recht deutlich der Einfluß politischer Einstellungen auf die gewünschten Handlungsweisen. Die Rezipienten präferieren demnach solche journalistischen Entscheidungen, die mit ihren eigenen politischen Einstellungen übereinstimmen.



Ausgehend von der theoretisch begründeten These, daß eine Ethik des Journalismus sich an den Bürgern orientieren muß, sind anhand von vier Fallbeispielen die normativen und realistischen Erwartungen der Rezipienten an journalistisches Entscheidungshandeln untersucht worden.

Bei den Analysen hat sich gezeigt, daß die Vorstellung, es müsse grundsätzlich möglich sein, umfassende normative Regeln zu formulieren, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz beruhen, schwer zu verwirklichen ist. Die normativen Vorstellungen des Publikums sind sowohl abhängig von situativen Bedingungen als auch von politischen Einstellungen. Auf der anderen Seite finden sich aber auch Situationen, in denen weitgehende Übereinstimmungen in den normativen Präferenzen festzustellen sind. Dies verdeutlicht, daß es durchaus einen normativen Grundkonsens gibt. Hinsichtlich der realistischen Einschätzungen hat sich gezeigt, daß die Rezipienten ziemlich klare und differenzierte Vorstellungen von den tatsächlichen journalistischen Verhaltensweisen haben. Die festgestellten Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit sind allerdings beträchtlich, dieser Befund sollte für den Journalismus Anlaß sein, sich mit seinen normativen Grundlagen intensiver auseinanderzusetzen, nicht zuletzt im wohlverstandenen Eigeninteresse. Der Publizistikwissenschaft fällt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, verstärkt Forschung zu betreiben, die der journalistischen Praxis Auskunft darüber gibt, was die Rezipienten denn tatsächlich für richtig erachten und in welchen Bereichen journalistisches Verhalten in der Perzeption des Publikums vom gewünschten Verhalten abweicht, um dem Journalismus auf diese Weise Orientierungshilfen anzubieten.

Anmerkungen

- 1 Michael Haller: Die Journalisten und der Ethikbedarf. In: Michael Haller/Helmut Holzhey (Hrsg.): Medien-Ethik. Opladen 1992, S. 199 ff.

- 2 Saxer meint hingegen, daß Organisationen durchaus moralfähig seien. Ethik ist in einer solchen Konstruktion aber von der Funktionalität innerhalb eines Marketingkonzepts abhängig. Vgl. Ulrich Saxer: Strukturelle Möglichkeiten und Grenzen von Medien- und Journalismusethik. In: Michael Haller/Helmut Holzhey (Hrsg.): a. a. O., S. 115 ff.
- 3 vgl. Claudia Mast: Mit beschränkter Haftung? Professionalität, Selbstverständnis und Verantwortungsbewußtsein von Journalisten. In: Heinz-Werner Stuibler/Heinz Pürer (Hrsg.): Journalismus. Anforderungen, Berufsauffassungen, Verantwortungen. Nürnberg 1991, S. 110 f. oder auch Michael Haller: a. a. O., S. 207 f.
- 4 vgl. Louis Bosshart: Zur Ethik des Journalismus. In: Hans Maier (Hrsg.): Ethik der Kommunikation. Freiburg, Schweiz 1985, S. 10; sowie Jürgen Wilke: Journalistische Berufsethik in der Journalistenausbildung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung. München 1987, S. 235.
- 5 vgl. Karsten Renckstorf: Erträge der Rezipientenforschung für eine Medienethik. In: Michael Haller/Helmut Holzhey (Hrsg.): a. a. O., S. 142.
- 6 vgl. Klaus Schönbach: Erträge der Medienwirkungsforschung für eine Medienethik. In: Michael Haller/Helmut Holzhey (Hrsg.): a. a. O., S. 101.
- 7 vgl. Heinz-Werner Stuibler: Distanzverlust: Journalismus zwischen Information, Sensation und Ideologisierung. In: Heinz-Werner Stuibler/Heinz Pürer (Hrsg.): a. a. O., 1991, S. 122f., sowie: Heinz Pürer: Journalismus Krisen und Medien-Ethik. Elemente einer Ethik der Massenmedien. ebenda, S. 87 ff.
- 8 Karsten Renckstorf: a. a. O., S. 130.
- 9 vgl. Siegfried Weischenberg: Journalistik. Massenkommunikation: Theorie und Praxis. Opladen 1992, S. 188.
- 10 Ulrich Saxer: Journalistische Ethik - eine Chimäre? In: Hans Maier (Hrsg.): a. a. O., S. 43.
- 11 Manfred Rühl/Ulrich Saxer: 25 Jahre Deutscher Presserat. In: „Publizistik“, 26. Jg. 1981, S. 489.
- 12 Stephan Ruß-Mohl: Am eigenen Schopfe... Qualitätssicherung im Journalismus - Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: „Publizistik“, 37. Jg. 1992, S. 83.
- 13 vgl. Wolfgang Donsbach: Medien-Ethik aus der Sicht der empirischen Journalismusforschung. In: Wilfried von Bredow (Hrsg.): Medien und Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 156 ff.
- 14 Heinrich Oberreuter: Ethik der Kommunikation. In: Hans Maier (Hrsg.): a. a. O., S. 74 f.
- 15 Manfred Rühl/Ulrich Saxer: a. a. O., S. 475.
- 16 Clifford G. Christians: Gibt es eine Verantwortung des Publikums? In: Wolfgang Wunden (Hrsg.): Medien zwischen Markt und Moral. Stuttgart 1989, S. 258 ff.
- 17 Manfred Rühl/Ulrich Saxer: a. a. O., S. 475.
- 18 Siegfried Weischenberg: a. a. O., S. 171.
- 19 Zur Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik vgl. z.B. Heinz Pürer: Ethik in Journalismus und Massenkommunikation. In: „Publizistik“, 37. Jg. 1992, S. 312 f. im Anschluß an Max Weber: Politik als Beruf. München und Leipzig 1919.
- 20 Anette Schriebers: Ansichten der Bevölkerung zur Rolle und zur Arbeitsweise von Journalisten. Magisterarbeit Mainz 1992, S. 95 ff.
- 21 Gemäß konventionellen Signifikanzniveaus kann die Null-Hypothese hier zwar nicht zurückgewiesen werden, ich halte es aber für gerechtfertigt, die Werte auszuweisen und ihre Beurteilung dem Leser zu überlassen.